

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Parolenfassung zu den Abstimmungsvorlagen vom 13. Februar 2011 und Beschluss zu Listenverbindungen bei den Bürgergemeinderatswahlen vom 15. Mai 2011</b>
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident Grünliberale Basel-Stadt und Grossrat Tel. 079 517 21 17 Stefan Kaister, Vizepräsident Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 683 25 80 oder Tel. 079 226 79 89
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Sekretariat, Postfach, 4015 Basel E-Mail <a href="mailto:bs@grunliberale.ch">bs@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.bs.grunliberale.ch">www.bs.grunliberale.ch</a>
Datum	Basel, 12. Januar 2011

Sehr geehrte Damen und Herren  
Geschätzte Medienschaffende

Wir senden Ihnen die nachfolgende Mitteilung zur Information und freuen uns über die Verwendung in Ihrer Berichterstattung. Für Fragen nehmen Sie bitte mit den o.g. Personen Kontakt auf. Danke!

Die Grünliberalen Basel-Stadt haben an ihrer gestrigen Mitgliederversammlung folgende Parolen beschlossen:

Eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»

**JA** (bei drei Enthaltungen)

Kantonale Volksinitiative «für ein griffiges Finanzreferendum»

Initiative **NEIN** (bei einer Enthaltung)  
Gegenvorschlag **NEIN** (bei einer JA-Stimme und einer Enthaltung)  
Stichfrage: Klare Zustimmung für **Gegenvorschlag** (23:3)

Kantonale Volksinitiative «Tagesschule für mehr Chancengleichheit»

**NEIN** (bei zwei JA-Stimmen und fünf Enthaltungen)

Der Antrag Stimmfreigabe wurde abgelehnt (bei 17 Nein- und 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen).

**Detaillierte Berichte über die Parolenfassung zu den Vorlagen vom 13.2.2011 finden sie im Anhang!**

Zudem hat die Mitgliederversammlung einer **Listenverbindung mit CVP und EVP bei den Bürgergemeinderatswahlen vom 15. Mai 2011** klar zugestimmt (bei einer Enthaltung), vorbehaltlich der Entscheidungen der CVP und EVP an ihren Mitgliederversammlungen.

Im letzten Teil, vor dem Neujahrsapéro mit Gästen aus Politik und Wirtschaft, wurden die Mitglieder auf die kommenden **Wahlen 2011** eingestimmt und über den Stand und Ablauf der ersten nationalen Initiative der Grünliberalen Partei der Schweiz **«Energie- statt Mehrwertsteuer»** informiert.

## **Detaillierte Berichte über die Parolenfassung zu den Vorlagen vom 13.2.2011**

### Eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»

Eindeutig war das Resultat bei der Waffeninitiative. Praktisch diskussionslos und bei wenigen Enthaltungen wurde die Ja-Parole beschlossen. Parteipräsident und Grossrat David Wüest-Rudin gehört zu den Gründungsmitgliedern des Basler Pro-Komitees. Er merkte denn auch an: «Jedes Auto wird registriert und man braucht einen Fähigkeitsnachweis – für Waffen soll dies nicht gelten?»

Drei Argumente sprachen für die Mitglieder eindeutig für die Initiative: 1) Die Aufbewahrung von Armeewaffen zu Hause ist aus militärischer Sicht schon lange nicht mehr notwendig. Die negativen Auswirkungen wie Suizide, Verlust, Missbrauch verbieten es aus ethischer Sicht, einer nicht mehr zeitgemässen Tradition anzuhängen. 2) Das Gewaltmonopol gehört in die Hände des Staates. Dieser hat dafür zu sorgen, dass gefährliche und äusserst wirksame Bedrohungs- und Tötungsmittel wie eben Handfeuerwaffen nicht frei und unkontrolliert erhältlich sind. 3) Den Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis im Umgang mit gefährlichen Gütern und gefährlichen Tätigkeiten kennen wir in vielen Berufen und diversen Bereichen, warum sollten hoch wirksame Waffen davon ausgenommen sein?

### Kantonale Volksinitiative «für ein griffiges Finanzreferendum»

Wenig befürwortende Stimmen erhielten die Finanzreferendumsinitiative und deren Gegenvorschlag. Es wurde denn auch zweimal die Nein-Parole beschlossen, bei der Stichfrage entschieden sich die Mitglieder klar für den Gegenvorschlag. Die Mitglieder sahen angesichts der aufgezeigten Anzahl und Art der Fälle in den letzten Jahren, in denen ein solches Referendum zustande gekommen wäre, schlicht keine nachvollziehbare Notwendigkeit zu einem solchen Ausbau der Volksrechte. Dem Ausbau der Volksrechte wurde viel Sympathie entgegen gebracht. Jedoch wurde auch angemerkt, dass dann grössere politische Blöcke ohne Referendumsaufwand sehr einfach Volksabstimmungen erwirken können, die kleineren sind im Nachteil. Eine Änderung dränge sich hier nicht auf, zumal auch der Grosse Rat demokratisch legitimiert sei, die Ausgaben zu tätigen.

### Kantonale Volksinitiative «Tagesschule für mehr Chancengleichheit»

Engagiert verlief die Diskussion bei der Tagesschulinitiative. Die Grünliberalen unterstützen die schrittweise Einführung und den Ausbau von Tagesschulstrukturen. Sie sind pädagogisch und integrationspolitisch sinnvoll, sind ein Standortfaktor und entsprechen einem Bedarf der Eltern und dem Wohl der Kinder. Es ist den Mitgliedern ein Anliegen, dies auch öffentlich festzuhalten. Trotzdem sagen die Mitglieder Nein zur Tagesschulinitiative, weil sie innert kürzester Frist eine unnötig teure und allenfalls gar über den Bedarf hinausgehende Luxuslösung vorsieht. Es fehlt die Kostenbeteiligung finanzstarker Eltern. Es soll unnötigerweise nur hoch qualifiziertes Personal eingesetzt werden. Die Initiative kommt zum falschen Zeitpunkt: Mit Harmos und Sonderschulkonkordat werden grosse Finanzmittel und weitere Ressourcen in den nächsten Jahren gebunden sein. Private Initiative und Strukturen werden konkurrenziert statt eingebunden. Wird die Nachholförderung und Begabungsförderung in der Tagesschule abgedeckt, dann fehlt das entsprechende Obligatorium. Basel-Stadt ist zudem auf gutem Weg im Ausbau der Tagesstrukturen, insbesondere im Vergleich zur Deutschschweiz. Auch wenn ein etwas forscheres Tempo im Ausbau wünschbar wäre, ist die Initiative nicht dringend notwendig. Die Grünliberalen sagen also Ja zur Tagesschule, aber nicht so. Sie bedauern denn auch, dass ihr Gegenvorschlag zur Initiative im Rat keine Mehrheit gefunden hat. Ihre Grossratsfraktion wird auch weiterhin Schritte zum Ausbau der Tagesstrukturen unterstützen (z.B. aktuelles Budgetpostulat).